



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

26. Sitzung vom 26. August 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.05 Uhr

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 40 Mitglieder

Entschuldigt:

Verspätet:

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen zur ersten Einwohnerratssitzung nach den Sommerferien. Speziell begrüsst sie alle Einwohnerräte und Einwohnerinnen, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Linda Gerstner für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage, alle weiteren Anwesenden der Verwaltung, die Vertreter der Presse und das anwesende Publikum. Speziell begrüssen möchte die Präsidentin zwei neue Ratsmitglieder. Es sind dies Luzia Sutter Rehmann, Grüne, und Rahel Amacker, CVP. Sie wünscht ihnen einen guten Start im Einwohnerrat. Es liegen keine Entschuldigungen vor, alle 40 Ratsmitglieder sind anwesend.

Die Votantin hofft, dass alle gut erholt und wieder frisch aus der Sommerpause zurück sind. Gerne kommt sie auf die 1. Augustfeier auf dem Dorfplatz zurück und möchte dem Organisationskomitee ganz herzlich für sein Engagement danken. Sie ist der Meinung, dass es ein gelungener Anlass war, wie dies bereits im Binninger Anzeiger erwähnt wurde. Besonders schön fand sie, dass Gemeinderat Daniel Nyffenegger die ganze Zeit über anwesend war und auch die Anwesenheit von Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti und Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger haben sie gefreut. Gemeindepräsident Mike Keller war zwar zeitweise am Fest anwesend, leider hat sie ihn aber verpasst. Die Einwohnerratspräsidentin ist überzeugt, dass das Fest vielen der Anwesenden bestens in Erinnerung bleiben wird.

Für das Einwohnerratsjahr wünscht sie sich einen fairen Umgang untereinander, Einwohnerrat und Gemeinderat. Sie wünscht sich effiziente Sitzungen und sachliche Voten zu den Traktanden. Es ist der Auftakt zum letzten Jahr der laufenden Legislatur. Deswegen äussert sie den Wunsch, dass der Rat in diesem Jahr die Traktanden abarbeitet, damit in der neuen Legislatur nicht noch Antiquitäten auftauchen. Die Präsidentin bittet um einen reibungslosen Ablauf während den Einwohnerratssitzungen und bittet deshalb schon heute darum, ihr Anträge während der Sitzung gut leserlich, schriftlich und unaufgefordert vorzulegen, damit sie diese ohne Rätsel raten zur Abstimmung ablesen kann. Dies würde den Ratsbetrieb aus ihrer Sicht sicherlich ein wenig effizienter gestalten.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Es liegen keine neuen Vorstösse jedoch ein Antrag der Spezialkommission Immobilien-Strategie vor.

Präsidentin Susanna Keller, SVP verliert das Tischgeschäft, welches den Anwesenden in ausgedruckter Form vorliegt. Das Einwohnerratsbüro hat den beantragten Nachtragskredit der Spezialkommission gutgeheissen. Dies entspricht jedoch nicht dem ordentlichen Vorgehen. Daher soll der Einwohnerrat über das Traktandum abstimmen und das Geschäft soll auf die Traktandenliste aufgenommen werden.

Bereinigung der Traktandenliste

Die Präsidentin informiert, das Einwohnerratsbüro schlage den Anwesenden folgende Anpassungen der Traktandenliste vor:

- Gesch. Nr. 140: «Ziele der Produktgruppen (Leistungsziele)» als erstes Traktandum zu behandeln,
- das erwähnte Tischgeschäft der Spezialkommission Immobilienstrategie «Budgetkredit (Nachtragskredit)» als zweites Traktandum zu behandeln,
- bei Geschäft Nr. 161 zusätzlich ein neues Ersatzmitglied in die GRPK zu wählen und
- bei Geschäft Nr. 162 zwei Ersatzmitglieder in die BPK zu wählen.

ABSTIMMUNG

Änderung der Traktandenliste: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.04.2019 Ziele der Produktgruppen (Leistungsziele)	140
2. Tischgeschäft der Spezialkommission Immobilienstrategie vom 19.08.2019 Budgetkredit (Nachtragskredit)	108
3. Genehmigung des Protokolls vom 24.06.2019	
4. Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	161
5. Ersatzwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern in die Bau- und Planungs- kommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	162
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2019 Wärmezentrale Standorte Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	163
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.06.2019 Investitionsausgabe für Strassenkorrektur und Abwasserleitungsbau in der Benkenstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	160
8. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.04.2019 Schlussbericht Geschäftsprüfung GRPK: Kündigung Aktionärsbindungsvertrag (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen	56
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	114
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien Geschäftskreisführung: Barbara Jost	115
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	118
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Postulat S. Abt, SP: Sicherstellung einer adäquaten Wartung und Instand- stellung der Schwimmhalle Spiegelfeld Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	123
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Motion Chr. Maier, FDP: Komitee Beitritte vor den Einwohnerrat! Geschäftskreisführung: Mike Keller	130

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 14. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.05.2019
Postulat G. Löhr, SP, und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen
Geschäftskreisführung: Barbara Jost | 44 |
| 15. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2019
Politische Plakatierung / Wildplakatierung: Motion B. Benthaus, SP: «Plakatierung vor Abstimmungen und Wahlen» und Postulat P. Bräutigam, CVP, und A. Alt, CVP: «Wildplakatieren - wie weiter?»
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 135/137 |
| 16. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.06.2019
Motion D. Zimmermann, FDP: Eine effiziente Verwaltung mit einer schlanken Regierung
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 143 |
| 17. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.06.2019
Interfraktionelles Postulat: Unterstützung der Allschwiler Petition gegen den Fluglärm
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti | 149 |
| 18. | G. Löhr, SP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats | 157 |
| 19. | Diversa | |

Ziele der Produktgruppen (Leistungsziele)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Präsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, das Einwohnerratsbüro empfehle den Ratsmitgliedern, das Geschäft zurück an die GRPK zu überweisen.

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP führt aus, nach Rücksprache mit der GRPK sei die Kommission einverstanden, dass das Traktandum zurückgestellt werde. Allerdings sind ihm ganz im Sinne von Äusserungen, die er aus der FDP-Fraktion vernommen hat, zwei Sachen wichtig. Der Redner stellt fest, dass die GRPK ihre Arbeit seriös – wie immer – erledigt hat und dem Gemeinderat offenbar nicht genügend Zeit zur Verfügung stand, um sich mit den Aussagen der GRPK zu bestimmten Produktgruppen auseinanderzusetzen oder auch, dass im Gemeinderat eine gewisse Uneinigkeit darüber geherrscht hat. Zweitens ist es sein erklärter Wille, dass das Traktandum mit dem Schlussbericht, der seit Anfang Juni vorliegt, in den Einwohnerrat gebracht wird und recht bald erledigt ist.

ABSTIMMUNG

Rücküberweisung an GRPK: 34 JA, 4 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die GRPK zurücküberwiesen.

Traktandum 2**Nr. 108****Budgetkredit (Nachtragskredit) der Spezialkommission Immobilienstrategie**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Spezko-Präsident Christoph Maier, FDP äussert, der Antrag spreche eigentlich für sich. Was der Kommission beim Verfassen des Antrags auffiel, war, dass der Rat für solche Kleingeschäfte keine spezielle Regelung kennt. Es wäre pro futuro zu überlegen, ob man dafür in der Geschäftsordnung nicht eine Regelung finden könnte, sodass sich der Gesamtrat nicht mit solch kleinen Sachen beschäftigen muss. Er wäre den Anwesenden dankbar, wenn sie dem Nachtragskredit ihre Zustimmung geben würden.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst einen Nachtragskredit als Budget für die Spezialkommission Immobilienstrategie in der Höhe von CHF 10 000.

Traktandum 3

Genehmigung des Protokolls vom 24.06.2019

Präsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Protokoll wurde im Einwohnerratsbüro genehmigt und verabschiedet.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 4

Nr. 161

Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP informiert, Rahel Bänziger und Susanne Tribolet haben ihr Amt als GRPK-Mitglieder niedergelegt.

Gaida Löhr, SP schlägt namens der SP als Nachfolgerin von Susanne Tribolet Stephan Appenzeller vor. Die Fraktion nominiert Stephan Appenzeller auch als Vizepräsidenten der GRPK. Stephan Appenzeller ist 59 Jahre alt und in Binningen aufgewachsen. Seit 2008 lebt er wieder in Binningen, ist seit Urzeiten politisch aktiv und präsidiert derzeit eine einwohnerrätliche Spezko. Die Votantin ist daher der Meinung, er habe viel im Rucksack, dass ihn für ein Vizepräsidium qualifiziere.

Karin Glaser, Grüne nominiert namens der Grünen Beatrice Büschlen als Nachfolgerin von Rahel Bänziger. Die Anwesenden kennen sie seit vielen Jahren, daher verzichtet die Rednerin auf eine Vorstellung. Beatrice Büschlen hat sich in verschiedenen Gruppierungen und Spezkos bewährt.

Die Präsidentin resümiert, dass für die zwei vakanten Sitze zwei Vorschläge vorliegen. Gemäss § 49 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats können die Kandidierenden in stiller Wahl gewählt werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode werden Beatrice Büschlen, Grüne, und Stephan Appenzeller, SP, als Mitglieder in die GRPK gewählt.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP äussert, für das Amt des Vizepräsidenten der GRPK wurde Stephan Appenzeller vorgeschlagen. Auch hier kann eine stille Wahl vorgenommen werden.

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: 2. Für die restliche Amtsperiode wird Stephan Appenzeller, SP, als neuer Vizepräsident der GRPK gewählt.

Damit kommt die Präsidentin zur Wahl eines Ersatzmitglieds in die GRPK.

Gaida Löhr, SP erklärt, ihre Fraktion habe eine Rochade im Sinn. Das heisst Susanne Tribolet, die bisher Vizepräsidentin und Mitglied der GRPK war, würde neu die Stellvertretung übernehmen.

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: 3. Für die restliche Amtsperiode wird Susanne Tribolet, SP, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

Die Präsidentin gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg im Amt.

Traktandum 5

Nr. 162

Ersatzwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern in die Bau- und Planungskommission

Karl J. Heim, CVP informiert, die CVP nominiere Rahel Amacker und Andrea Alt als Ersatzmitglieder für die BPK. Andrea Alt war bereits stellvertretendes aber auch ordentliches Mitglied der BPK und kennt den Betrieb. Der neuen Fraktionskollegin Rahel Amacker möchte die CVP durch die Nomination die Möglichkeit geben, auf diese Art und Weise in die Kommissionsarbeit einzusteigen.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode werden Rahel Amacker, CVP, und Andrea Alt, CVP, als stellvertretende Mitglieder in die BPK gewählt.

Die Präsidentin gratuliert den beiden Gewählten.

Traktandum 6

Nr. 163

Wärmezentrale Standorte

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP tritt für das Geschäft in den Ausstand.

Urs Brunner, SVP teilt mit, seine Fraktion bestreite das Eintreten.

Thomas Hafner, CVP äussert, die CVP habe sich Gedanken gemacht, welche Überlegungen und welchen Zweck der Gemeinderat mit dieser Vorlage erreichen möchte. Es ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht klar. Die Fraktion wird heute mit Spannung versuchen, die Gedanken des Gesamt-Gemeinderats zu verstehen. Sie kann die Stossrichtung der Vorlage mit den mitgelieferten Studien für Binningen nicht nachvollziehen. Unnötiges Papier? Es geht dabei um die Studien «WBA Standort Holzheizzentrale» und «Variantenstudie Wärmeerzeugung» von der Electra Birseck. Dem Votanten ist klar, die Eintretensdebatte ist lediglich die Beratung darüber, ob das Geschäft politisch zweckmässig ist und ob der Einwohnerrat die Vorlage grundsätzlich behandeln soll. Die CVP möchte die Diskussion gegenüber dem Gemeinderat nicht verweigern. Daher möchte sie auf das Geschäft eintreten und damit die Wichtigkeit einer ökologischen Energieversorgung in Binningen nochmals – wie anno 2013 – bestärken. Einfach nicht einzutreten erachtet die Fraktion gegenüber dem Gemeinderat grossmehrheitlich als nicht würdig und falsch.

Sein Votum wird etwas länger, da ein Eintreten vielleicht gar nicht zustande kommt. Es ist der CVP aber wichtig, ihre Standpunkte darzulegen. Der Redner möchte wie folgt erinnern: Im Jahr 2013 wurde in Binningen sehr intensiv über den Verkauf der Anteile an der Wärmeversorgung Binningen an die EBM, heute Primeo Energie AG, diskutiert. An der Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2013 wurde über den Verkauf mit all seinen Vor- und Nachteilen heiss debattiert und abgestimmt. Der Rat hat an dieser Sitzung dem Verkauf an die EBM zugestimmt. Zu dieser Zeit plante die EBM ein grosses Holzheizkraftwerk für das untere Leimental am Standort Bottmingen. Es wurde auch von der Wärmeschiene Leimental gesprochen. Wie aber alle Anwesenden wissen, wurde das Projekt «Holzheizkraftwerk Bottmingen» für die Wärmeschiene Leimental nie realisiert. Somit kam die Wärmeschiene Leimental nicht zustande. Aus den Unterlagen aus dem Jahr 2013 geht aber klar hervor, dass sich die EBM verpflichtet hat, wenn die Wärmeschiene Leimental nicht zustande kommt, die Binnerer Wärmezentrale an die IWB anzuschliessen. Das soll nach Ansicht seiner Fraktion nun so umgesetzt werden. Der Votant verweist gerne auf die Einwohnerratsdebatte vom 24. Juni 2013. Man kann dort alles im Protokoll auf Seite 15 unter Traktandum 7 nachlesen. Es gab einen Bericht des Gemeinderats, in welchem man dies ebenfalls nachlesen kann und vor allem auch im Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP weist den Votanten darauf hin, dass sich der Rat nach wie vor in der Eintretensdebatte befinde. Detaillierte Ausführungen gehören in die Geschäftsberatung.

Thomas Hafner, CVP ist sich dessen bewusst. Er gibt zu bedenken, dass bei einem Nicht-Eintreten auf das Geschäft gar keine Geschäftsberatung stattfinden wird. Daher möchte er seine Ausführungen gerne fortführen. Wie gesagt: Die Wärmeschiene Leimental kam nicht zustande. Also muss die EBM sich jetzt der Wärmeversorgung der IWB anschliessen. Dieses Ziel muss man sich vor Augen halten. Die Wärmeversorgung Binningen gehört heute neu der Primeo Energie AG. Die CVP möchte, dass der Vertrag mit der Gemeinde von der Primeo Energie AG erfüllt wird. Es ist ihr sehr wichtig, dass der Gemeinderat dafür besorgt ist, den Willen des Parlaments anno 2013 bei der neuen Gesellschaft Primeo Energie AG einzufordern. Kurz und bündig: Die CVP möchte den versprochenen Anschluss an die IWB. Eine Heizzentrale möchte die Fraktion nicht, ein 28 Meter hohes Kamin auf der Anhöhe Benkenstrasse möchte sie auch nicht und auf einer Langsamfahrbahn Benkenstrasse, neu 40 statt 50 km/h, möchte sie aus Sicherheitsgründen im Winter bei nassen, matschigen Strassen auch keine zusätzlichen Lastwagen, die die Benkenstrasse zusätzlich belasten.

Stephan Appenzeller, SP nimmt vorweg, die SP spreche sich für Eintreten auf die Vorlage aus. Nicht, weil sie uneingeschränkt dafür ist oder keine Kritik hätte, sondern weil es wichtig ist, zuallererst eine Debatte darüber zu führen. Einfach zu sagen: «Wir treten nicht ein und hören gar nicht zu, was es dazu zu sagen gibt.» findet die Fraktion falsch. Sie möchte dies ähnlich wie es der Vorredner der CVP gemacht hat etwas begründen. Wie bereits erwähnt, kam das Projekt «Wärmeschiene Leimental» leider nicht zustande. Daher legt der Gemeinderat dem Rat in einer gewissen logischen Konsequenz einen Plan B vor. Die

SP möchte sich für die erhaltene, umfassende und informative Unterlage bedanken. Plan B heisst, dass man die Ziele, die man hatte, einfach insoliert auf dem Territorium der Gemeinde Binningen umsetzt und leider nicht im Verbund mit dem ganzen Leimental. Die Fraktion beurteilt vieles an dieser Vorlage als positiv, daher möchte sie auf das Geschäft eintreten. Dazu gehören generell der Ausbau des Fernwärmenetzes und das bereits seit längerem bestehende Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien im Fernwärmenetz von 5 auf 50 Prozent steigern zu wollen. Beides ermöglicht, dass man in Binningen bei Einzelhausheizungen auf die Basis von fossilen Energieträgern Heizöl, Erdgas etc. teilweise verzichten resp. diese reduzieren und damit den CO₂-Ausstoss senken kann. Diese Stossrichtung des Gemeinderats ist kompatibel mit der Energiestrategie 2050 des Bundes und mit der Energiestrategie der Gemeinde.

Trotz der grundsätzlich positiven Beurteilung hat die SP auch Fragen zur Vorlage. Das Wärmekraftwerk basiert auf der Verbrennung von lokalen Holzschnitzeln, klimaneutral. So weit so gut. Es stellt sich aber die Frage, wie lange diese Technologie noch zeitgemäss ist. Ist sie in 20 - 30 Jahren immer noch so positiv zu beurteilen wie heute oder hat man mit Erdwärme und Solarenergie nicht bessere Energieträger zur Verfügung, um die gesetzten Ziele zu erreichen? Der zweite Punkt, zu welchem die SP durchaus heftige und kontroverse Fragen hat, ist der vorgeschlagene Standort an der Ecke Wassergrabenstrasse / Benkenstrasse. Ist der Standort für das Kleinkraftwerk, auch wenn klimaneutral, mitten in einem Wohnquartier neben Schulen und Sportplätzen wirklich die beste Wahl? Wie hoch wären die Mehrkosten der Varianten, die darauf besser Rücksicht nehmen, z.B. die Variante beim neuen Werkhof? Dies würde längere Leitungen notwendig machen, aber es wäre am Rand des Siedlungsgebiets. Die Fraktion würde sich zudem für die Mehrkosten der Variante interessieren, bei der man das Kleinkraftwerk am geplanten Standort im Boden versenkt. Damit hätte man ausser dem Kamin und dem Schnitzeltransport keine Beeinträchtigung mehr im Quartier. Die Fraktion ist der Meinung, ein Mehraufwand im Interesse der Wohnlichkeit des Quartiers aber auch der politischen Akzeptanz in der Gemeinde darf man sich leisten. Selbstverständlich ist die Frage, wie hoch dieser Mehraufwand effektiv wäre.

Es gibt noch einige kleinere Fragen, bei denen es der SP ebenfalls wichtig ist, Transparenz zu schaffen. In der Dokumentation heisst es, im Winter seien es 4 Lastwagen pro Tag. Das ist auf der Minusseite. Was ist auf der Plusseite? Wie viele Lastwagen gibt es weniger für private Heizöllieferungen im gleichen Quartier? Wie sieht die Gesamtbilanz aus? Es wäre auch interessant zu wissen, was die Folgeinvestitionen in die Erweiterung des Fernwärmenetzes wären. Ist hier etwas geplant / ist etwas nötig? Wer zahlt das und bis wann? Zudem wurde die Partei auf das Thema Feinstaub angesprochen. Der Redner geht davon aus, dass die Anlage mit den Kaminen den allermodernsten Standards entspricht und die allermodernsten Filtertechnologien enthält, die die Grenzwerte weit unterschreitet. Ist dem so? Kann der Gemeinderat hier gegenüber dem Quartier aber auch gegenüber den anliegenden Schulen und Sportvereinen, die auf dem Platz trainieren, Entwarnung geben? Insgesamt ist die SP der Ansicht, es sei ein gutes Thema. Es gibt Fragen, die man vertiefen muss. Daher ist die Fraktion sehr wohl für Eintreten auf die Vorlage, möchte diese aber nicht gleich durchwinken sondern in die Bau- und Planungskommission überweisen. Dies kann der Votant in der Detailberatung aber noch ausführlicher begründen.

Urs Brunner, SVP möchte begründen, weshalb die SVP nicht auf das Geschäft eintreten will. Das Geschäft Nr. 163 wurde verfahrensmässig ganz falsch aufgegleist. Seine Fraktion fragte sich, weshalb der Gemeinderat das Geschäft überhaupt in den Einwohnerrat gebracht hat. Der Rat hat die EBM mit dem Verkauf der WBA sozusagen beauftragt, dafür zu schauen, dass Binningen im Rahmen des Baus der Wärmeschiene Leimental versorgt wird. Weil das Projekt nicht zustande kam, muss nun die Primeo Energie AG für Alternativen besorgt sein. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, die Arbeit der Primeo zu machen. Es ist auch ein Affront, dass die Binninger Bevölkerung über das geplante Bauvorhaben nicht vorgängig informiert wurde. Aus diesem Grund ist die Fraktion für Nicht-Eintreten auf das Geschäft.

Daniel Zimmermann, FDP teilt mit, die FDP habe bei diesem Geschäft nur gestaunt. Von Bedanken beim Gemeinderat für die Vorlage kann keine Rede sein, denn die FDP ist der Meinung, dass der Einwohnerrat nicht zuständig ist. Im Jahr 2013 hat sich der Rat nach langer Beratung dazu durchgerungen, seine

Beteiligung an der Wärmeversorgung Binningen AG an die damalige EBM, heute Primeo Energie AG, zu verkaufen. Schon damals haben sich alle Parteien in ihrer Beratung für eine neuzeitliche Energiepolitik eingesetzt und man vereinbarte, dass in Binningen zukünftig mindestens 50 Prozent erneuerbare Energie produziert werden soll. Gegen das energiepolitische Ziel kann man nichts haben, aber nicht zu jedem Preis. Mit Preis meint die Fraktion nicht den Energiepreis sondern den Bau eines Holzkraftwerks mitten in Binningen. Nicht vergebens hat Bottmingen ihr Holzkraftwerk abgelehnt. Die FDP kann nicht verstehen, dass man eine solch grosse Energieanlage in ein Wohnquartier stellen soll und damit nur zusätzliche Emissionen und Verkehr produziert. Als BPK-Präsident hat er noch nie im Vorfeld einer Geschäftsberatung von der Bevölkerung aus einem betroffenen Wohngebiet solch heftige Reaktionen miterlebt.

Die Fraktion versteht nicht, wie man an der gleichen Sitzung mit einer zweiten Vorlage, wo es um die Sanierung der Benkenstrasse geht, von Strassenumgestaltung, Tempo 40 und Erhöhung der Verkehrssicherheit für Velofahrer erzählt. Gleichzeitig nimmt man bei der vorliegenden Vorlage zur Kenntnis, dass im Winter jeden Tag 4 Lastwagen mit je 15 Tonnen Kapazität durch die Benkenstrasse oder durch andere Strassen in Binningen fahren. Die FDP stellt fest, dass der Gemeinderat bei solchen Geschäften nicht die nötige Sensibilität hat, um das gewünschte Ziel der 50 Prozent erneuerbare Energie für Binningen umzusetzen. Beim Verkauf der Beteiligungen am Wärmenetz WBA kann man im Geschäft Nr. 49 vom 12. Februar 2013 nachlesen, dass der Verwaltungsrat der WBA empfohlen hat, das Binninger Fernwärmenetz an die Fernwärme der Stadt Basel anzuschliessen. An dieser Idee hat sich aus wirtschaftlichen Gründen nichts geändert. Der Gemeinderat Binningen hat in der erwähnten Vorlage Nr. 49 aus dem Jahr 2013 selbst gesagt, wenn die Wärmeschiene Leimental nicht realisierbar ist, ist der Anschluss an das Fernwärmenetz von Basel vorzunehmen. Energiepolitische Ziele kennen keine geografischen Grenzen. Das sollte auch die Primeo Energie AG wissen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich für diesen sinnvollen Anschluss nach Basel einzusetzen. Die FDP glaubt, dass das vorliegende Projekt nie realisiert werden kann und ist deshalb für Nicht-Eintreten.

Beatrice Büschlen, Grüne signalisiert, die Grünen werden eintreten. Alles andere würde die Gemeinde in der Sache nicht weiterbringen. Der Einwohnerrat wurde vom Volk gewählt und er ist es seinen WählerInnen und den Binninger EinwohnerInnen schuldig, Fragen zu stellen, Antworten einzufordern, aber auch den Gemeinderat bei der Meinungsfindung zu unterstützen. Es mag sein, dass es teilweise Sache der Primeo ist. Aber «nach mir die Sintflut» ist nicht im Sinn der Fraktion, wird der Sache nicht gerecht und ist auch nicht kundenfreundlich. Vielleicht wäre es in diesem Fall hilfreich gewesen, wieder einmal eine Vernehmlassung durchzuführen. Wären die Parteien früher informiert worden, hätten sie den Gemeinderat bereits dann unterstützen können. Die Votantin wünscht sich und erwartet, dass der Rat auch hier seiner Verantwortung nachkommt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt gerne, weshalb der Gemeinderat dem Einwohnerrat dieses Geschäft vorlege. Die Vorgeschichte des Verkaufs der WBA mit dem 50 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien wurde mehrfach ausgeführt. Das Ziel steht nach wie vor im Raum. Es ist ein Auftrag für die Primeo Energie und den Gemeinderat. Im Rahmen der gegenwärtigen Klimadiskussion ist es auch ein Gebot der Stunde, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Die Votantin ist daher der Meinung, dass dies relativ unbestritten sei. Es wurde mehrfach erwähnt, dass, wenn die Wärmeschiene Leimental nicht zustande kommt, die Primeo Energie verpflichtet ist, die Wärme via IWB Basel-Stadt zu liefern. Das ist gut und recht. Das Problem ist, dass die IWB der Gemeinde diese Wärme nicht liefern kann. Vielleicht haben die Anwesenden mitbekommen, dass Basel-Stadt seit 2017 ein neues Energiegesetz hat. Die Anforderungen sind dort derart hoch – dies wurde auch ausführlich in der Vorlage erwähnt –, dass die IWB sich nicht in der Lage sieht, zusätzlich zu dem was sie für den Kanton Basel-Stadt liefern muss, auch noch die Gemeinde Binningen zu beliefern. Es wurden mehrere Anläufe unternommen, um bei der IWB ein «Umdenken» oder eine andere Auskunft zu erhalten. Selbst Anfragen direkt beim Verwaltungsrat haben zu keinem anderen Ergebnis geführt. Die IWB ist nicht in der Lage, der Gemeinde Binningen diese Wärmeenergie zu liefern. Damit ist der automatische Anschluss an die IWB, den man damals angedacht hatte, nicht mehr möglich.

Das war die Situation, in welcher der Gemeinderat merkte, es müssen Alternativen gesucht werden. Es wurden Alternativen gesucht. Im Geschäft wird eine Auslegeordnung aufgezeigt. Daniel Zimmermann hat es gesagt: Die erneuerbare Energie hat in diesem konkreten Fall nun einen Preis und das ist der Grund, weshalb dem Rat die Vorlage unterbreitet wurde. Wenn der Standort Spiegelfeld weitergetrieben, ein Baugesuch eingereicht und das Zonenänderungsverfahren eingeleitet worden wäre, dann hätte das Parlament mit Fug und Recht sagen dürfen, dass es vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Aber so wie sich die Situation jetzt darstellt, wurde dem Einwohnerrat eine Auslegeordnung vorgelegt. Es ist nicht mehr alles machbar, was man beim Verkauf der WBA wollte. Das ist so. Die Welt verändert sich zwischendurch und dann muss man aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen eine neue Auslegeordnung machen. Diese legt der Gemeinderat dem Rat vor. Er kam zum Schluss, wenn man am Ziel 50 Prozent erneuerbare Energien festhalten möchte – und da ist der Gemeinderat der festen Überzeugung, dass man dies muss –, dann gibt es nicht wahnsinnig viele Möglichkeiten und die beste aus Sicht des Gemeinderats ist der Standort Spiegelfeld. Es geht heute Abend nicht um ein konkretes Projekt. Es geht auch nicht um das Baugesuch. Das sind Sachen, die in einem nächsten Schritt kämen. Heute geht es nur um die Grundsatzfrage, ob das Parlament am Ziel festhalten möchte und ob der Standort Spiegelfeld weiterverfolgt werden soll. Man will nämlich auch, wie es sich unter guten Partnern gehört, vermeiden, dass einerseits der Primeo hohe Planungskosten entstehen und andererseits die Gemeinde das ganze Zonenmutationsverfahren in die Wege leitet, wenn der Rat zum Schluss sagt, dass möchte er sowieso nicht. Darum geht es heute. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Die zuständige Gemeinderätin möchte noch einige, wenige Antworten auf Fragen liefern, die gestellt wurden. Der Wenigerverkehr wegen den wegfallenden Öllieferungen kann nicht quantifiziert werden, da nicht bekannt ist, wie viele Liegenschaften sich an das Wärmenetz anschliessen würden. Es gäbe ein relativ grosses Potenzial. Zu sagen, es fallen mind. so und so viele Lastwagenfahrten weg, wäre aber unseriös gewesen. Der Gemeinderat wollte diesbezüglich nicht mit unsauberen Zahlen arbeiten. Die alternativen Technologien Erdwärme, Solarenergie, Photovoltaik, die genannt wurden, erreichen erstens die benötigten Mengen nicht und zweitens ist man dort von der jeweiligen Grund- und Hauseigentümern abhängig. Die Gemeinde kann nichts dazu beitragen. Sie kann nur hoffen, dass diese ihre Wärme- resp. Energieversorgung entsprechend umstellen. Daher ist der Weg über die Wärmezentrale aus heutiger Sicht sicher der Weg, der der Gemeinde innert nützlicher Frist – und das wollen ja alle Anwesenden – die nötigen erneuerbaren Energien liefert. Man kann noch 20 Jahre auf andere Technologien warten. Aber in dieser Zeit fahren weiterhin sämtliche Öltankwagen in die Privatliegenschaften und der CO₂-Ausstoss geht ungebremst weiter. Das ist die Auslegeordnung, die der Gemeinderat dem Parlament unterbreitet. Es geht heute wie gesagt um einen Grundsatzentscheid: Soll die Gemeinde mit der Zonenplanung und die Primeo mit dem konkreten Projekt weitermachen? Es ist dem Rat selbstverständlich überlassen, das Geschäft in eine Kommission zu überweisen und die Standortfrage nochmals zu prüfen. Die Anwesenden werden sehen, dass die Alternativen bescheiden sind. Aber die Grundsatzfrage muss das Parlament entscheiden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, das ist auch ganz klar Sache des Einwohnerrats. Wenn das Parlament entscheidet, dass es nicht auf das Geschäft eintreten möchte, dann ist das ein klimapolitisches Zeichen, das man auch entsprechend zur Kenntnis nehmen kann.

Gaida Löhr, SP ist etwas geschockt, dass die bürgerliche Seite nicht eintreten will. Das Geschäft ist dreiteilig. Der erste Antrag ist ein Antrag auf die berühmten mind. 50 Prozent erneuerbare Energien. Hier nicht einzutreten findet sie in der heutigen Zeit, in der heutigen Klimadiskussion hinter die sich inzwischen auch die bürgerlichen Parteien zumindest gesamtschweizerisch stellen können, heikel oder auch einfach falsch. Sie teilt die Meinung, dass der Einwohnerrat zu spät informiert wurde und dass es nun schwierig ist zu diskutieren. Aber nicht zu diskutieren, ist aus ihrer Sicht keine Lösung. Die Rednerin findet, man müsse eine Lösung suchen. Dafür müsste man eintreten. Ob es der richtige Standort und die richtige Energie ist, kann in einer Kommission nochmals angeschaut werden. Es gibt nicht nur Anwohner, es gibt auch Bezüger. Die Votantin gehört bspw. zu den Bezügern. Sie wurde vor einigen Jahren schwungvoll überzeugt, sich an die Wärmeschiene, die es nicht mehr gibt, anzuschliessen. Die Wärme bezieht sich nach wie vor von dort. Ihr wurden damals 50 Prozent erneuerbare Energien versprochen.

Die hat sie nicht. Die Rednerin ist interessiert daran, dass man ein solches Versprechen hält und hätte es gut gefunden, einmal darüber informiert zu werden. Sie ist der Meinung, da sie sich damals dem Wärmeverbund angeschlossen hat, habe sie ein Anrecht darauf, dass nun etwas dafür getan wird, damit die 50 Prozent eingehalten werden. Es war nicht nur die EBM sondern auch die Gemeinde, die dafür warb. Man weiss es und hat es nochmals gehört: Einerseits kann die IWB die Energie nicht liefern, andererseits hat die EBM Boden im Bottmingen aber nicht in Binningen. Das heisst, die Gemeinde Binningen ist wieder gefragt und das heisst, der Rat muss eintreten. Irgendwo muss man Verantwortung übernehmen und kann sich nicht hinter formalen Kriterien verstecken. Sich aus der Verantwortung zu stehlen, findet die Votantin unschön und plädiert daher für Eintreten.

Daniel Zimmermann, FDP erläutert, er habe nicht das gesagt, was die zuständige Gemeinderätin in ihrem Votum erwähnt habe. Er möchte nochmals betonen, die FDP-Fraktion – und er glaubt, da redet er für alle Bürgerlichen – steht hinter dem politischen Ziel der erneuerbaren Energie. Das hat man schon in der Geschäftsberatung 2013 abgehandelt. Letztlich geht es darum, dass die Anwesenden hier im Rat nicht zuständig sind und dass die FDP dem Projekt sehr kritisch gegenübersteht in Bezug auf die Bewilligungsmöglichkeiten, um dies überhaupt zu realisieren. Er ist der Ansicht, es wurde genügend darüber gesprochen und schlägt vor, zur Abstimmung zu schreiten.

ABSTIMMUNG

Nicht-Eintreten: 21 JA, 19 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Traktandum 7

Nr. 160

Investitionsausgabe für Strassenkorrektur und Abwasserleitungsbau in der Benkenstrasse

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP erläutert, bei der geplanten Strassenkorrektur in der Benkenstrasse können gleichzeitig mehrere Anliegen verwirklicht werden. Der Velostreifen, der im oberen Teil der Benkenstrasse bereits existiert, soll zwischen dem Kronenplatz und der Schule Spiegelfeld ergänzt werden. Der Velostreifen, die Sanierung des Strassenbelags und die vorgesehene Temporeduktion von 50 auf 40 km/h sollen die Sicherheit verbessern, vor allem auch von den Jugendlichen, die mit dem Velo bergwärts vom Kronenplatz zum Spiegelfeld fahren. Mit einer Belagssanierung im oberen Teil der Benkenstrasse kann noch zugewartet werden. Die beiden Bushaltestellen am Kronenplatz werden gemäss Gesetz behindertengerecht umgebaut und mit überdachten Warteräumen versehen. Die Veloabstellanlage wird nach oben oder hinter die Bushaltestelle verschoben, erneuert und überdacht. Das ist ein Teil eines hängigen Postulats der Votantin, das mehr überdachte Veloabstellplätze fordert. Sie freut sich, dass dies hier bereits realisiert wird. Die bestehende Strassenbeleuchtung wird durch LED-Lampen ersetzt, was dem heutigen Zeitgeist entspricht, da sie energieeffizienter und sogar dimmbar sind. Ausserdem kann mit den ganzen Verbesserungen gleichzeitig Sauberwasser, wie z.B. Regenwasser, in einer neu zu verlegenden Leitung von anderem Abwasser getrennt werden, wie es der GEP vorsieht und dies auf einer Länge von 1185m. Die SP freut sich über die erwähnten Synergien und stimmt den Investitionsausgaben zu.

Roman Oberli, SVP erwähnt, für die SVP gebe es einen grossen Dorn im Auge, nämlich der Wegfall von Parkplätzen. Die diesbezüglichen Begründungen des Gemeinderats halten nicht stand. Der Bau von privaten Parkplätzen rechtfertigt keinen Abbau von öffentlichen Parkplätzen. Für den Redner ist es ein schlechter Witz, dass man trotzdem noch von einem Parkplatzausbau spricht. Deshalb beantragt die Fraktion, dass das Projekt nur ohne den Wegfall von Parkplätzen ausgeführt werden darf. Falls der Rat den Antrag unterstützt und einen Parkplatzabbau ablehnt, kann die SVP dem Geschäft zustimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne bedankt sich im Namen ihrer Fraktion bei der zuständigen Gemeinderätin und der Verwaltung für die informative und ausführliche Vorlage. Die Grünen bedauern zwar die lange Bauzeit von fast einem Jahr, aber die Instandsetzungs- und Verkehrsberuhigungsmassnahmen sind dringend nötig. Eine unattraktive Verkehrsführung im oberen Teil der Benkenstrasse reduziert auch den Autoverkehr über die jetzt fast hindernisfreie Autobahn Benkenstrasse. Die Verkehrssicherheit für VelofahrerInnen, vor allem für die Schüler und Schülerinnen auf dem Weg ins Spiegelfeld-Schulhaus oder ins Gymnasium Oberwil, kann damit hoffentlich erhöht werden. Die Fraktion begrüsst die Aktualisierung der Parkplätze auf den alten Stand. Es gibt im Umkreis des Kronenplatzes bzw. entlang der Tram- und Buslinien genügend Einstellhallenplätze. Die vielen neugebauten Mehrfamilienhäuser in diesem Quartier verfügen alle über gesetzlich vorgeschriebenen Parkraum. Die geplanten, überdachten Veloabstellplätze tragen ebenfalls zu einer attraktiven Nutzung der Drahtesel bei.

Die Rednerin ist der Ansicht, man brauche in Binningen keine oberirdischen Park-and-Rides für Autos sondern mehr Grünraum. Grünrabbatten liefern leider nicht im gleichen Masse Beschattung und sind auch nicht derart gute CO₂-Speicher wie Bäume. Die Grünen regen an, die Grünrabbatten mit insektenfreundlichen Blumen und Sträuchern zu bepflanzen, um wenigstens so einen umweltfreundlichen Beitrag zu leisten. Auch das geplante Beleuchtungssystem überzeugt die Fraktion. Reduziert es doch Energie- und Wartungskosten. Mit der Auslegung auf eine intelligente Steuerung reduziert es auch die Lichtemissionen und unterstützt den Erhalt der Biodiversität bei z.B. nachtaktiven Insekten. Kurz gesagt: Die Grünen freuen sich über die vielen ökologischen und nachhaltigen Denk- und Planungsansätze und werden den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, die FDP stehe grundsätzlich hinter der Strassenkorrektur in der Benkenstrasse wie auch hinter der Erstellung der Sauberwasserleitung am gleichen Ort. Beide Massnahmen sind notwendig. Der Zustand des Strassenabschnitts Kronenplatz bis Melchtalstrasse ist schlecht. Der Strassenbelag muss dort dringend erneuert werden. Die Fraktion steht auch hinter der geplanten Temporeduktion und dem projektierten Fahrradstreifen. Das Geschäft hat für sie aber zwei Schwachpunkte, daher stellt sie zwei Zusatzanträge. Erstens: Die FDP ist gegen die Überdachung der projektierten Velounterstände oberhalb des Kronenplatzes. Sie ist der Meinung, dass man bei Verkehrsprojekten generell keine Luxuslösungen anstreben sollte. Velos, die bei Regen in Betrieb sind, werden ohnehin nass. Wer beim Losfahren einen trockenen Sattel haben möchte, der hat heute sehr einfache Möglichkeiten mit einem Sattelschutz, den man anbringen kann. Hier ist etwas Selbstverantwortung gefragt. Die Fraktion beantragt daher, auch die Überdachung der Velounterstände zu verzichten.

Zweitens: Für die FDP kommt es nicht in Frage, dass öffentliche Parkplätze abgebaut werden. Private Besucherparkplätze, die der Gemeinderat in der Vorlage erwähnt, sind keine Kompensation für öffentlich genutzte Parkplätze. Unter den Projektzielen, Ziffer 1.2 im Bericht, wird der Erhalt von möglichst vielen öffentlichen Parkplätzen genannt. Die Fraktion beantragt daher, dass die, wegen des Baus des bergwärts führenden Radstreifens wegfallenden Parkplätze auf der Westseite der Benkenstrasse entweder an der Benkenstrasse selber oder an anderen, zentrumsnahen Strassen in der nahen Umgebung der Benkenstrasse vollständig zu kompensieren sind. Falls dieser Antrag nicht genehmigt wird, wird die FDP die Überweisung des Geschäfts in die BPK beantragen. Sollte dies abgelehnt werden, wird die Fraktion das gesamte Geschäft ablehnen.

Thomas Hafner, CVP dankt dem Gemeinderat namens der CVP für den guten, ausführlichen Bericht, der klar aussagt, was geändert werden soll. Der technische Bericht in der Beilage liefert die weiteren Details. Die Fraktion begrüsst die Strassensanierung mit dem Abwassertrennsystem, den neuen bergwärts führenden Radstreifen und mehrheitlich auch die Temporeduktion von 50 auf 40 km/h. Der Redner erlaubt sich eine kleine Randbemerkung. Er selbst erachtet die vorgeschriebenen flankierenden Auflagen für die temporeduzierenden Massnahmen als kostentreibend, unnötig und vielfach auch als sehr gefährlich. Ein Beispiel für eine gefährliche Strasse mit Tempo 40 ist die Paradiesstrasse vom Kronenplatz bis zur Neubadkirche. Aber daran soll es nicht scheitern. Die CVP begrüsst die beiden Bushaltestellen, die behindertengerecht ausgeführt werden, die neue, energieeffiziente LED-Strassenbeleuchtung und das geplante Baustellenverkehrsregime, welches angedacht wurde. Der Votant findet es schade, dass einige wenige Parkplätze entfallen. Es handelt sich um ca. 10 Stück. Die CVP ist grundsätzlich gegen das Abschaffen von Parkierungsmöglichkeiten, aber durch den Velostreifen ist dies an der Benkenstrasse ohne einschneidende Massnahmen schlicht nicht anders realisierbar. Hier ist leider ein bedauernswerter Kompromiss nötig. Eine Überweisung in die BPK erachtet die Fraktion nicht als notwendig. Das Projekt ist bedacht und verständlich. Die CVP erteilt das Vertrauen in ein gutes, zweckdienliches Projekt. Sie folgt den beiden Anträgen des Gemeinderats und stimmt den Investitionen zu.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte etwas zum Parkplatzabbau sagen. Die Strasse ist so breit, wie sie breit ist. Sie kann nicht breiter gemacht werden. Der Platz wird für die Fahrbahn, die Bushaltestellen und die Velospur benötigt. Es können keine Flächen bei den Häusern abgezackt werden, daher gibt es schlicht keine Möglichkeit, die wegfallenden Parkplätze dort zu kompensieren. Ob man sie in umliegenden Strassen kompensieren kann, bezweifelt die Votantin, da es dort in der Regel so viele Parkplätze gibt, wie nur irgendwie möglich. Die Polizei hat die Belegung der Parkplätze in der Benkenstrasse zwischen Kronenplatz und Wassergrabenstrasse anhand von Kontrollen statistisch erfasst. Es gibt insgesamt 24 Parkplätze. Von diesen 24 Parkplätzen sind im Schnitt zu all den kontrollierten Zeiten – die Kontrollen starteten bereits im Juni – 9,5 Parkplätze frei. Wer heute Abend dort durchgefahren ist, sah, dass wiederum ca. 10 Parkplätze frei waren. Die Dringlichkeit von Parkplätzen an diesem Standort hält sich in Grenzen. Im Übrigen hat der Gemeinderat den Abbau der öffentlichen Parkplätze nicht dadurch gerechtfertigt, dass private Parkplätze entstanden sind. Aber es ist eine Tatsache. In den letzten Jahren gab es zusätzliche, private Parkplätze, daher ist der Abbau der wenigen öffentlichen Parkplätze aus Sicht des Gemeinderats verkraftbar.

Wie gesagt: die Breite der Strasse lässt nicht mehr zu. Sie findet es etwas bedenklich zu sagen, wenn der Antrag auf Kompensation nicht angenommen wird, werde man dann die ganze Vorlage ablehnen. Dies scheint der Rednerin demokratiepolitisch fragwürdig. Wenn eine Mehrheit diesen Antrag ablehnt, dann kann man einen Mehrheitsentscheid auch einfach akzeptieren. So würde man aber eine dringend notwendige Sanierung riskieren. Die zuständige Gemeinderätin bittet die Anwesenden daran zu denken, dass dort viele Schulkinder hoch und runter fahren, die weiterhin auf dem schlechten Belag verkehren müssten. Sie weiss nicht, ob dies wirklich ein sinnvoller Weg wäre. Wenn es Möglichkeiten gibt, die Parkplätze zu kompensieren, macht man dies sicher. Aber man darf sich keine Illusionen machen. Die Votantin bittet die Anwesenden daher inständig, den Anträgen zuzustimmen. Der Abschnitt der Strasse ist in einem pitoyablen Zustand und ist dringend sanierungsbedürftig.

Peter Heiz, FDP stellt fest, das kritische Stichwort sei eben gefallen: SchülerInnen, die dort hoch und runter, v.a. runter, fahren. Er wollte zuhänden der Grünen mitteilen, dass die Sicherheit im Strassenverkehr nicht alleine von Parkflächen abhängig ist und nicht alleine bei den Autofahrern liegt, sondern dass sie auch ganz wesentlich von der «gesitteten» Fahrweise der Velofahrer abhängig ist. Eine Erkenntnis, die zum Glück langsam immer mehr Platz greift im Zeitalter der zunehmenden Unfälle mit E-Bikes.

Gaida Löhr, SP weiss, dass ihrem Vorredner die nicht ordentlich fahrenden Velofahrer ein Dorn im Auge sind. Das sind sie ihr auch. Aber das Ganze daran aufzuhängen, findet sie nicht richtig. Vor allem bei relativ jungen Schülern wird es sich nicht verhindern lassen, dass sie zum Teil nicht wahnsinnig sorgfältig

fahren. Dies ist kein Grund Unfälle zu riskieren. Peter Heiz hat auf die Unfallhäufigkeit hingewiesen. Genau das möchte man eigentlich nicht riskieren. Auch Autofahrer profitieren davon, wenn man bergwärts eine Velospur hat. Sie selbst ist berghoch keine wahnsinnig schnelle Fahrradfahrerin. Da ist wahrscheinlich manch ein Autofahrer froh, wenn er sie überholen kann und nicht hinten dran bleiben muss.

Daniel Zimmermann, FDP meint, man sollte bei dieser Vorlage nicht die Fahrradfahrer gegen die Automobilisten und umgekehrt ausspielen. Aus den Voten entnimmt man, dass das Projekt eigentlich gelungen ist und man für die Velofahrer eine sichere Situation darlegen kann. Der Redner kommt nochmals auf den Antrag der FDP bezüglich der Parkplätze zu sprechen. Die Benkenstrasse ist ein Gebiet mit Sportstätten, Hallenbad und Sportplätzen. Wenn man am Wochenende ab und zu dort oben ist, weiss man, dass die Parkplätze genutzt werden. Er findet es lustig, eine Verkehrserhebung im Juli zu machen, wenn Sommerferien sind und alle weg sind. Kein Wunder sind die Parkplätze in diesem Zeitraum nicht besetzt. Wenn man im Normalbetrieb an einem Wochenende dort hoch geht, stellt man fest, dass sehr viele Auswärtige ihre Kinder mit dem Auto in diese Sportstätten bringen und demzufolge froh sind, wenn sie einen Parkplatz haben. Im Antrag der Fraktion wurde eine sehr sanfte Formulierung gewählt. Der Gemeinderat wird gebeten, dies anzuschauen. Wenn es dann letztlich nicht geht, geht es nicht. Er gibt der zuständigen Gemeinderätin Recht, der Raum ist nicht grösser als er ist. Aber man kann den Antrag wenigstens zustimmend unterstützen. Der zweite Punkt, die Velounterstände, sind immer wieder ein leidiges Thema. Man versucht dies jedes Mal in Relation zu bringen unter dem Thema «Luxus im Strassenbau». Jedes Mal kommen die Argumente, dass Velos nicht rosten im Regen. Trotzdem kommen immer wieder grosse Projekte mit Velodächern, die eine Baubewilligung brauchen, die optisch nicht schön aussehen und letztlich auch das ganze Gebiet um den Kronenplatz verschandeln. Das braucht es aus seiner Sicht nicht. Mit dem Geld sollten lieber zwei Quadratmeter mehr Abstellfläche geschaffen werden anstelle von luxuriösen Dächern, die es übrigens auch in der Stadt nicht gibt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP entgegnet, die Sommerferien fangen erst im Juli an. Die Kontrolle wurde im Juni durchgeführt, da waren die Leute noch da. Zusätzlich wurde auch im August kontrolliert, als die Leute wieder da waren. Die Gemeinde ist sich bewusst, wann die Sommerferien sind.

Marc Schinzel, FDP bezweifelt die Angaben auch ein Stück weit. Er wohnt seit 8 Jahren in diesem Quartier an der Melchtalstrasse. Die ganze Melchtalstrasse, von der Benkenstrasse runter in die Melchtalstrasse bis zum Spiegelfeld, ist immer sehr gut belegt. Auch in der Melchtalstrasse gab es wegen privaten Bauprojekten einen Abbau von Parkplätzen. Es ist nicht so, dass dort beliebig viele Parkplätze freistehen, wenn das Quartier gut frequentiert wird und die Leute da sind. Er fand nie einen Parkplatz, wenn er einen gesucht hat.

Beatrice Büschlen, Grüne braucht dort auch immer mal wieder einen Parkplatz und findet immer einen, wenn sie zu ihrer Schwester geht oder einen Transport hat. Es hat jedes Mal mindestens einen Parkplatz an der Benkenstrasse.

Simone Abt, SP äussert, Marc Schinzel habe vorhin als *Conditio sine qua non* zitiert, dass man die Parkplätze wenigstens in den umliegenden Strassen zentrumsnahe kompensieren müsste, um das Geschäft annehmen zu können. Die Votantin wohnt auch nicht weit weg an der Langen Gasse. Sie bittet ihren Vorredner aufzuzeigen, wo er das Potenzial sieht, dies zu tun. Es geht hier um ca. 15 Parkplätze. Wo soll das gemacht werden? Wenn es gar keine Möglichkeiten gibt – und sie sieht sie nicht –, dann muss sie das Votum als faule Ausrede anschauen, um die Vorlage sowieso abzulehnen. Sie bittet Marc Schinzel um Vorschläge, damit sie weiss, dass es möglich ist.

Marc Schinzel, FDP sieht es nicht als seine Aufgabe, Vorschläge zu machen. Der Antrag der FDP wurde sehr offen formuliert: «[...] die wegfallenden Parkplätze sind entweder an der Benkenstrasse selber oder anderen zentrumsnahen Strassen – es ist nicht genau definiert, wo das endet – in der nahen Umgebung zu kompensieren.». Der Antrag ist auch zeitlich nicht befristet. Es hat niemand gesagt, dass man nun

hingehen und ein Projekt machen muss, wo man die Parkplätze gleich kompensiert. Es kann im Rahmen von geplanten Strassenerneuerungen stattfinden. Der Antrag wurde mit grösstmöglicher Offenheit formuliert, damit man das Projekt, dessen Aufgleisung die FDP grundsätzlich sehr gut findet, realisieren kann. Die Fraktion hat auch gesagt, wenn der Antrag nicht durchkommt, wäre sie in einem ersten Schritt für eine Überweisung in die BPK. Aus seiner Sicht ist genügend Offenheit im Antrag enthalten.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin möchte zuerst über den Antrag der SVP abstimmen lassen: «Das Geschäft darf nur ohne Parkplatzverlust durchgeführt werden. Fallen Parkplätze in der Benkenstrasse weg, so müssen diese in der nahen Umgebung geschaffen werden.» und anschliessend über den Antrag der FDP: «Die wegen des Baus des bergwärts führenden Radstreifens wegfallenden Parkplätze auf der Westseite der Benkenstrasse sind entweder an der Benkenstrasse selber oder an anderen, zentrumsnahen Strassen in der nahen Umgebung der Benkenstrasse vollständig zu kompensieren.».

SVP-Antrag: 21 JA, 18 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 06)

FDP-Antrag Kompensation Parkplätze: 27 JA, 11 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 07)

Gaida Löhr, SP führt aus, man habe nun über zwei ähnliche Anträge abgestimmt. Üblicherweise werden ähnliche Anträge einander gegenübergestellt. Man braucht keine zwei gleichlautenden Anträge. Sie beantragt, dass sich der Rat entscheidet, ob er sich für den SVP- oder den FDP-Antrag ausspricht.

Roman Oberli, SVP findet, da die beiden Anträge nicht deckungsgleich sind, können sie sehr wohl koexistieren. Er ist nicht der Meinung, dass ein Antrag zugunsten des anderen gestrichen werden muss.

Die Präsidentin lässt über den Antrag von Gaida Löhr: «Sollen die Anträge der SVP und der FDP gegeneinander ausgemehrt werden?» abstimmen.

Antrag G. Löhr: 21 JA, 16 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 08)

Ausmehren: SVP-Antrag vs. FDP-Antrag (Abstimmung 09)

SVP-Antrag: 8 JA

FDP-Antrag: 27 NEIN

5 Enthaltungen.

://: Der Antrag der FDP obsiegt: «Die wegen des Baus des bergwärts führenden Radstreifens wegfallenden Parkplätze auf der Westseite der Benkenstrasse sind entweder an der Benkenstrasse selber oder an anderen, zentrumsnahen Strassen in der nahen Umgebung der Benkenstrasse vollständig zu kompensieren.».

Damit kommt die Präsidentin zum Antrag der FDP bezüglich Velounterstände: «Die Velounterstände sind nicht zu überdachen.».

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hält einen Velounterstand persönlich nicht für Luxus. Sie fährt bei Wind und Wetter Fahrrad und ist bestens ausgerüstet. Trotzdem ist es angenehm, wenn man das Velo an einem trockenen Platz abstellen kann. Es leidet deutlich weniger, als wenn es den ganzen Tag im Regen steht. Abgesehen von diesem Punkt, bei dem es offensichtlich einfach unterschiedliche Meinungen gibt, kann versucht werden, den gedeckten Velounterstand über den Pendlerfonds zu finanzieren.

FDP-Antrag Velounterstände: 20 JA, 15 NEIN, 4 Enthaltungen (Abstimmung 10)

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

- ://: 1. Die wegen des Baus des bergwärts führenden Radstreifens wegfallenden Park-plätze auf der Westseite der Benkenstrasse sind entweder an der Benkenstrasse selber oder an anderen, zentrumsnahen Strassen in der nahen Umgebung der Benkenstrasse vollständig zu kompensieren.
- ://: 2. Die Velounterstände sind nicht zu überdachen.
- ://: 3. Für die Strassenkorrektur in der Benkenstrasse wird zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY/ 80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 1,44 Mio. inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.
- ://: 4. Für die Sauberwasserleitung in der Benkenstrasse wird zu Lasten Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung Konto 1.7201.5030.XY/90100 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 2,51 Mio. inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.
-

Traktandum 8

Nr. 56

Schlussbericht Geschäftsprüfung GRPK: Kündigung Aktionärsbindungsvertrag (ABV) betreffend Inter-GGA AG durch die Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP beginnt mit den Vorbemerkungen. Der Rat war schon vorgängig zu seiner Sitzung vom 20. Mai 2019 im Besitz des Schlussberichts der GRPK. Dieser wurde bisher noch nicht vom Parlament behandelt, ganz zu schweigen von den im ersten GRPK-Bericht durch den Gemeinderat verpassten Fristen der Anträge. Man muss also aufpassen, dass sich das Ganze nicht zu einer InterGGA-Geschichte ausweitet. Persönlich legt der Votant auf folgende Feststellungen wert: Auch wenn hier und dort die Meinung herrscht, die GRPK kenne ihre Kompetenzen nicht so genau, steht er als GRPK-Präsident 200prozentig hinter der ausserordentlich gründlichen Arbeit, die seine Kommission in diesem Krimi gemacht hat und auch hinter der Aufsichtsbeschwerde wegen einer Pflichtverletzung, die damals mit einer Mehrheit beim Regierungsrat eingegeben wurde, auch wenn er selbst zu einer Minderheit in dieser Frage gehört hat. Trotzdem sei nochmals klar gesagt, trotz der Stellungnahme des Regierungsrats, die entlastend für den Gemeinderat war, hält die GRPK an ihrer Meinung fest.

In den Einwohnerratsunterlagen vom 24. Juni hat die GRPK dem Gemeinderat in ihrem Antrag für die Erfüllung der formulierten Aufträge bis zum 23. September 2019 Frist gesetzt. Nun wissen alle Anwesenden, dass das Traktandum weder am 20. Mai noch am 24. Juni behandelt wurde. Nach seinen Sondierungen scheint die Frist bis zum 23. September offensichtlich zu knapp zu sein. Er ist der Auffassung, dass es beim Gemeinderat und der Verwaltung keine übertriebenen Stresssymptome auslösen sollte, wenn dem Rat jetzt, nach Rücksprache mit der GRPK und notabene mehr als ein Jahr nach dem ersten InterGGA-Bericht, vorgeschlagen wird, dem Gemeinderat eine neue Frist zu setzen bis zur Einwohnerratssitzung vom 9. Dezember 2019. Dies in Abweichung zum Antrag, der im vorliegenden Papier enthalten ist. Er bittet die Anwesenden, der Frist in diesem etwas „elastizierteren“ Antrag zuzustimmen.

Der Redner resümiert nochmals kurz die Anträge der GRPK vom 28. Mai 2018. Im Sinne einer rechtlich vorgesehenen Kompetenzdelegation soll der Gemeinderat beim Einwohnerrat nachträglich um Geneh-

migung zum Abschluss eines Vertrags mit der ImproWare nachzusuchen müssen. Das ist auch der Fall (bzgl. Antrag 2), wenn vor der Verabschiedung des revidierten GGA-Reglements durch den Einwohnererrat eine Verlängerung des bestehenden Signallieferungsvertrages mit der ImproWare ansteht. Drittens: Der Einwohnerrat muss ein revidiertes Reglement über die Grossgemeinschaftsantennenanlage erhalten. Das hat die GRPK ursprünglich bis zu 31. Dezember 2018 verlangt. Und schliesslich erwartet das Parlament endlich auch einen Bericht des Gemeinderats betreffend einer Analyse des Kabelnetzbetriebs durch Binningen und zwar unter Einschluss der Vor- und Nachteile aller Optionen.

Thomas Häfele, FDP signalisiert, die FDP sei grundsätzlich froh, wenn das Thema endlich abgeschlossen werden könne. Sie wird dem Antrag der GRPK zustimmen.

Susanne Tribolet, SP äussert, auch die SP sei mit dem Antrag der GRPK einverstanden.

Urs Weber, SVP teilt mit, bei der SVP sehe es gleich aus. Auch sie wird den GRPK-Antrag unterstützen.

Karin Glaser, Grüne schliesst sich ihren Vorrednern an. Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Andrea Alt, CVP führt aus, die CVP werde sich den restlichen Fraktionen anschliessen und dem GRPK-Antrag zustimmen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erlaubt sich, in einer Vorbemerkung festzuhalten, dass sich die GPK ihrer Kompetenzen offensichtlich doch nicht ganz bewusst ist. Sie darf nämlich laut Gemeindegesetz keine Anträge stellen. Der Bericht der GPK ist zur Kenntnis zu nehmen und damit hat es sich. Die GPK darf keine Anträge stellen. Dies einfach der Form halber, damit es geklärt ist. Inhaltlich ist es so, dass der Regierungsrat festgestellt hat, dass der Gemeinderat die Kompetenz hatte, um den Vertrag abzuschliessen. Daher macht es wenig Sinn, eine nachträgliche Kompetenzdelegation einzuholen. Wenn der Signallieferungsvertrag ansteht, dann wird man schauen, wer für die Verlängerung zuständig ist und die entsprechenden Schritte in die Wege leiten. Der Gemeinderat weiss, dass das Kabelnetzreglement noch aussteht. Es braucht halt Zeit. Sobald es vorliegt, wird es dem Rat unterbreitet. Was schliesslich den Bericht über die Kabelnetzanalyse etc. anbelangt: Das wurde den GRPK-Mitgliedern bereits alles per Mail vom 2. November 2017 zugestellt. Die Zustellung kann aber gerne nochmals wiederholt werden.

Präsidentin Susanna Keller, SVP erklärt, wie es die Gemeinderätin ausgeführt habe, sei eigentlich zu berücksichtigen, dass die GRPK kein Antragsrecht habe. Aber sie bittet um die eine neue Frist. Der Kommissionspräsident hat den Antrag selbst gestellt, daher möchte sie darüber abstimmen lassen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP führt aus, Caroline Rietschi habe versucht zu erklären, dass die GRPK keine Anträge stellen kann. Es muss ein offizieller Antrag eingehen, den hat er nicht gehört. Zudem weist er darauf hin, wenn im Rat Beschlüsse gefasst werden, die bereits übergeordnet durch den Entscheid des Regierungsrats beantwortet wurden und hier in eine andere Richtung etwas beschlossen wird, dann ist das für den Gemeinderat nicht bindend. Im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat äussert er das Anliegen, einen Strich unter die Sache zu machen. Der Redner glaubt, dass die GRPK den Weg zum Regierungsrat gesucht hat, weil sie der Meinung war, dass der Gemeinderat hier Kompetenzen überschritten hat. Das hat der Regierungsrat geprüft und in seiner Antwort ganz klar gesagt, dass der Gemeinderat befugt war, so zu handeln. Es ist für den Gemeinderat sehr schwierig zu verstehen, dass die GRPK in ihrem Bericht nicht mit einem Satz eine Würdigung der Antwort des Regierungsrats vornimmt und stattdessen praktisch die identischen Anträge nochmals stellt. Als dies zum ersten Mal im Rat behandelt wurde, hat der Gemeinderat bereits in Aussicht gestellt, dass er die Unterlagen, was die zusätzlichen Verträge anbelangt, auf jeden Fall bringen wird. Aber dass man über Sachen diskutiert, die mittlerweile schwarz auf weiss vorliegen und auch noch Beschlüsse fassen möchte, findet er schade. Daher nochmals: Die Präsidentin hat es eingangs gesagt. Die Geschäfte sollen abgearbeitet werden. Man will konstruktiv arbeiten. Das wäre ein toller Beitrag.

Gaida Löhr, SP hört das Anliegen mit dem Abarbeiten von Geschäften mit Begeisterung. Auf das Reglement, welches nicht vorliegt, wartet der Rat schon sehr lange. Das könnte man nun einfach abarbeiten. Man hätte es auch abarbeiten können, ohne dass ein Antrag hätte gestellt werden müssen. Man hätte einfach irgendwann einmal ein Reglement liefern können. Dafür braucht es keinen Regierungsratsentscheid und keinen Gerichtsentscheid. Der Einwohnerrat hat ein Anrecht auf ein Reglement. Dies hat er auch ohne den Antrag schon seit Jahren. Die Votantin würde hier nicht lange darüber diskutieren, ob das Recht besteht oder nicht, sie würde einfach darum besorgt sein, dass das Reglement kommt. Sie möchte noch anfügen, dass sie Caroline Rietschi sehr gut verstanden hat und eigentlich gar keine Nachdeutung gebraucht hätte.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP äussert an Gaida Löhr gerichtet, er stelle dies mit keinem Wort in Abrede. Dass das Reglement kommt, hat der Gemeinderat der GRPK bereits zum Zeitpunkt, als sie sich dem Thema angenommen hat, in Aussicht gestellt und es wurde auch in der Geschäftsbehandlung erwähnt. Die zuständige Gemeinderätin hat es gesagt, es wird daran gearbeitet. Es kommt.

Roman Oberli, SVP findet es unschön, dass sich der Gemeinderat hier so quer stellt. Er sagt, er möchte das Geschäft abschliessen, aber versteckt sich gleichzeitig hinter irgendwelchen Paragraphen. Paragraphen, die der Rat notabene in anderen Geschäften auch schon zum Wohlwollen des Gemeinderats ausgelegt hat. Er ist der Meinung, man sollte die Sache nun abschliessen, über den Antrag abstimmen und nicht noch lange darüber diskutieren, ob man dies nun darf oder nicht. Aus diesem Grund stellt er als Einwohnerratsmitglied folgenden Antrag: «Der Einwohnerrat stimmt den Empfehlungen der GRPK und der Verlängerung der Frist bis 9.12.2019 zu.».

Für *Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* geht es nicht darum, sich quer zu stellen. Es geht darum, dass die GRPK zu einer Frage, die sie von übergeordneter Stelle beantwortet haben wollte, eine Antwort erhielt. So wie der Gemeinderat die Antwort zu akzeptieren hat, gilt dies auch für den Einwohnerrat und im Speziellen für die GRPK. Mehr wollte der Gemeinderat gar nicht. Wenn die GRPK im Nachgang einer Stellungnahme des Regierungsrats in keiner Art und Weise darauf eingeht, hingegen die gleichen Anträge wiederholt, dann ist das sehr schwer zu verstehen. Er findet es in diesem Fall nicht ganz fair, wenn sein Vorredner von quer stellen redet. Der Votant ist ebenfalls der Meinung, dass ein Strich gezogen werden soll und ist gespannt, wie der Rat nun abstimmt.

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP muss dazu nun doch noch etwas sagen. Wenn man die Chronologie der Ereignisse anschaut, hat der Einwohnerrat am 28. Mai 2018 den GRPK-Anträgen des ersten ausführlichen Berichts zugestimmt. Jetzt geht es lediglich darum, dass die Kommission diese Aufträge endlich erfüllt haben möchte. Sie zeigt noch Kulanz, dass dies nicht bereits auf den 23. September sondern auf den 9. Dezember vorgelegt werden muss. Er unterstützt daher den Antrag seines Kollegen und GRPK-Mitglieds voll, dass der Gemeinderat die Unterlagen am 9. Dezember vorlegen soll.

Thomas Hafner, CVP möchte niemanden belehren, schon gar nicht dem GRPK-Präsidenten. Er ist der Ansicht, die Kommission habe ihre Arbeit gemacht. Man hat es gehört, der Gemeinderat hat sich dazu bekannt, dass er das Zeug bringt. Das Geschäft sollte damit abgeschlossen werden.

Daniel Zimmermann, FDP stellt den Ordnungsantrag, nun über das Geschäft abzustimmen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt die Präsidentin direkt zur Abstimmung über den Antrag von Roman Oberli: «Der Einwohnerrat stimmt den Empfehlungen der GRPK und der Verlängerung der Frist bis 9.12.2019 zu.».

Antrag R. Oberli: 26 JA, keine NEIN, 14 Enthaltungen (Abstimmung 13)

://: Der Einwohnerrat stimmt den Empfehlungen der GRPK und der Verlängerung der Frist bis 9.12.2019 zu.

Traktandum 9

Nr. 114

Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Andrea Alt, CVP ist namens der CVP froh, dass mit dem neu gewählten Stiftungsrat rund ums APH Ruhe eingekehrt ist. Es war für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung. Die diversen Berichterstattungen in den Medien haben für Unruhe gesorgt. Unruhe in erster Linie bei den Bewohnern des APH und ihren Angehörigen, aber auch in der Bevölkerung. Es ist zu hoffen, dass eine solche mediale Schlammschlacht in Zukunft vermieden werden kann. Daher ist es für die Fraktion nach wie vor wichtig, dass der Gemeinderat im Stiftungsrat Einsitz hat. Dies ist nicht nur bei den APH wichtig, sondern auch bei vielen anderen Behörden, bspw. im Schulrat oder in Stiftungsräten ist es ebenfalls so. Die Gemeinde hat eine Leistungsvereinbarung mit den APH und ausserdem auch Geld in den Bau investiert. Es geht hier um eine Verantwortung, die die Gemeinde gegenüber älteren Menschen, die nicht mehr zu Hause leben und betreut werden können, wahrnehmen muss. Somit hat der Gemeinderat immer auch die neusten Informationen und kann gegebenenfalls schnell reagieren.

Da es auch um eine gemeinsame, zukunftsorientierte Arbeit geht, erachtet die CVP den Punkt, dass die zuständige Gemeinderätin zwei Hüte an hat, als wenig relevant. Im Gegenteil: Es ist sogar wünschenswert. Im Übrigen sind in allen Nachbargemeinden Gemeinderäte in den Stiftungsräten vertreten. So z.B. im APH Hofmatt in Münchenstein, Dreilinden in Oberwil und Bottmingen, im APH am Bachgraben in Allschwil oder in der Abendsonne in Arlesheim. Wieso sollte Binningen hier ausgerechnet eine Ausnahme bilden? Bei der Wahl resp. Kündigung eines Betriebsleiters soll der Gemeinderat sowohl informiert sein als auch seine Meinung einbringen können. Im schlimmsten Fall unterliegt er einer Mehrheit, konnte aber zumindest seine Ansichten und Anliegen deponieren. Genauso verhält es sich auch bei allfälligen Änderungen betreffend Besitz oder Nutzung der Liegenschaft. Am Beispiel des Kindergartens konnte man dies sehen. Ein Anhörungsrecht, wenn es denn in die neue Leistungsvereinbarung der Versorgungsregion einfliesst, reicht der Fraktion hier nicht resp. ist zum jetzigen Zeitpunkt lediglich eine Vorstellung und noch kein Fakt. Die CVP nimmt gerne eine Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat vor, ist aber gegen eine Abschreibung.

Urs Brunner, SVP erläutert, die Anliegen des Vorstosses wurden von den Aktualitäten überholt. Die SVP wird die Motion nicht an den Gemeinderat überweisen.

Beatrice Büschlen, Grüne kann sich namens ihrer Fraktion den meisten Argumenten des Gemeinderats anschliessen. Mit dem Entschluss des Stiftungsrats, die Anzahl Mitglieder auf 6 Personen zu erhöhen, wurde bereits ein Punkt erfüllt. Der Stiftungsrat wurde neu gewählt und die Grünen haben Vertrauen in die neue Zusammensetzung. Über den Einsitz eines Gemeinderats in den Stiftungsrat haben sie sich schon mehrmals geäussert. Die klare Trennung findet die Fraktion auch für die Umsetzung des APG wichtig. Mitspracherecht des Gemeinderats bei der Anstellung von BetriebsleiterInnen oder weiteren

leitenden MitarbeiterInnen ist der Sache nicht dienlich. Der Stiftungsrat weiss am besten, welche beruflichen und sozialen Kompetenzen die Personen haben sollten und ob sie ins Team passen.

Die Forderung nach Mitsprache bei der Liegenschaft ist insoweit unrealistisch, da die Liegenschaft der Gemeinde gar nicht gehört und das Land im Baurecht für einen Franken abgegeben wurde. Man kann dies toll finden oder nicht, aber der Vertrag, der seinerseits mit der Stiftung abgeschlossen wurde, ist nun halt so. Eine gewisse Mitsprache ist ja gegeben. Sieht doch das Baurechtsreglement vor, dass jegliche Handänderungen, Vermietungen, Verpachtungen und Belastungen von Grundstücken vom Gemeinderat bewilligt werden müssen. Es kann sein, dass es noch Punkte gibt, die bei einer Leistungsvereinbarung diskutiert und angepasst werden müssten oder könnten. Aber das macht erst dann Sinn, wenn die Leistungsvereinbarung einer Kommission vorliegt oder in Zusammenhang mit der Versorgungsregion diskutiert werden kann. Die von der Rednerin aufgezählten Argumente gelten auch für das Geschäft 115. Die Fraktion wird sich zu dem Geschäft nicht mehr separat äussern. Die Grünen werden bei diesem Geschäft und beim nächsten weder Motion noch Postulat überweisen.

Peter Heiz, FDP teilt mit, die FDP werde die Motion ganz sicher nicht an den Gemeinderat überweisen. Im Gegenteil. Sie kann die Argumentation, wie sie im Gemeinderatsgeschäft beschrieben ist, nachvollziehen. Die Präsidentin hat die Anwesenden vorhin zu kurzen Voten angewiesen. Dem will er gerne Folge leisten und nur noch folgendes anfügen: Die Forderung 1 ist bereits überholt und die Forderungen 2 bis 4 sind aus dem Selbstverständnis der FDP gar nicht denkbar. Im Gegensatz zur Frage bei den Fahrrädern ist der Redner hier vollständig mit der Meinung der Grünen einverstanden und kann sich dort hemmungslos anschliessen. Er hätte es nicht besser sagen können. Im Gegensatz zum Votum der CVP. Dort hat ihn der Punkt mit den zwei Hüten sehr gestört. Seine Fraktion ist ganz klar dafür, dass die zwei Hüte getrennt werden.

Gaida Löhr, SP ist eher auf der Seite des Votums von Andrea Alt. Es war ein interfraktioneller Vorstoss. Eine Motion. Diese ist überholt, da schliesst sie sich der Meinung ihrer Vorredner an. Daher kam der Antrag, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Selbstverständlich hat sich einiges geändert. Aber die Idee, die dahinter steckt, könnte durchaus in das einfließen, was jetzt in der Versorgungsregion vorstättengeht. Aus Sicht der Votantin macht es Sinn, nochmals grundsätzliche Überlegungen einzubringen. Alterspolitik, das ist ihre feste Überzeugung, ist trotz allem ein Geschäft der Gemeinde und nicht eins, das man einfach völlig wegdelegiert. Es kostet allemal viel und das interessiert die bürgerliche Seite eigentlich stark. Dann ist es auch richtig, dass man sich unabhängig von der Menge der Hüte, die man anhat, verantwortungsvoll einbringt und mitbestimmt. In diesem Sinn ist sie der Meinung, man sollte das Postulat solange stehen lassen, bis man weiss, wie die Versorgungsregion aussieht. Dann kann man es abschreiben. Abschreiben kann man es nun nicht. Man kann einfach sagen: «Es interessiert uns nicht mehr.». Abschreiben kann man dann, wenn es erledigt ist. Das ist es nicht.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP erklärt, der Gemeinderat habe sich Ende letzten Jahres intensiv mit diesen Fragen, den Unzufriedenheiten und Wirren beschäftigt. Daher ist die Antwort auf die Motion sehr ausführlich. Ausführlicher als dies normalerweise der Fall ist, wenn es um die Frage der Überweisung geht. Die Idee des Gemeinderats war, dies bereits im Sinne eines Postulats zu beantworten, um die Ratsmitglieder an seiner Argumentation und seinen Gedanken teilhaben zu lassen. Der Gemeinderat ist dezidiert der Meinung, dass es absolut richtig ist, nicht im Stiftungsrat zu sitzen. In umliegenden Gemeinden nach wie vor so. Die Votantin würde aber prophezeien, dass dies nicht mehr lange so ist. Binningen war wahrscheinlich eine der ersten Gemeinden, die diese Trennung ganz klar vollzogen hat. Die anderen Gemeinden werden dies in Zukunft auch machen. Gerade mit der Versorgungsregion, die auf die Gemeinden zukommt, käme wie ein dritter Hut dazu. Das geht definitiv nicht.

Die Gemeinde schliesst eine Leistungsvereinbarung ab. Sie kann als Gemeinderätin nicht gleichzeitig Vertretung beim Leistungserbringer sein und dann mit sich selbst die Leistungsvereinbarung aushandeln. In der Versorgungsregion, wie sie jetzt angedacht ist, wäre sie zudem Mitglied im Gremium ganz

oben. Das geht definitiv nicht. Eine klare Trennung ist ihr in diesem Fall extrem wichtig. Die Votantin möchte aber ganz klar festhalten, dass dies nichts damit zu tun hat, sich aus der Verantwortung zu stellen, nicht um Alterspolitik zu kümmern oder nicht einzusetzen. Ganz und gar nicht. Aber die Gemeinde hat dort eine andere Rolle. Gerade mit dem neuen Auftrag ist die Gemeinde wirklich in der Verantwortung, die Alterspolitik zu gestalten und zusammen mit allen Leistungserbringern die Versorgungssicherheit herzustellen und eine gute Versorgungskette hinzubekommen. Da besteht eine Verantwortung. Die Gemeinde ist in einer anderen Funktion, in einer, die mit allen zusammenarbeitet, und dann ist es absolut richtig, bei den einzelnen nicht auch noch im operativen Geschäft drin zu sein. Klar ist es ein strategisches Gremium, aber schlussendlich ist es sehr nahe am Tagesgeschäft. Das kann nicht die Idee sein.

Peter Heiz, FDP findet, die SP-Fraktion sollte sich mehr an ihrer Gemeinderätin orientieren. Sie hat dies nochmals klipp und klar dargelegt. So sieht es seine Fraktion eigentlich auch.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 14 JA, 24 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Nr. 115

Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Andrea Alt, CVP erläutert, wie der Gemeinderat richtigerweise festhält, wurden die postulierten Anliegen von den zeitlichen Aktualitäten überholt. Daher stimmt die CVP für eine Überweisung des Postulats mit gleichzeitiger Abschreibung.

Gaida Löhr, SP schliesst sich namens der SP-Fraktion dem Votum an.

Urs Brunner, SVP führt aus, bei der SVP sei dies ebenfalls der Fall.

Christoph Maier, FDP äussert, die FDP schliesse sich den Anträgen des Gemeinderats ebenfalls an.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 15)

Abschreibung: Einstimmig JA (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Traktandum 11

Nr. 118

Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP teilt mit, für das Jahr 2019 werden am EuroAirport 9 Millionen Passagiere erwartet. Ein neuer Rekord. Schon lange ist für die Anwohnenden die Schmerzgrenze erreicht, was den Fluglärm betrifft. Jetzt soll der EuroAirport mit dem Ausbau der trinationalen S-Bahn einen Bahnanschluss erhalten. Gegen das Projekt ausgesprochen haben sich der Gemeindeverbund Flugverkehr, der Gemeinderat Allschwil und weitere Organisationen. Sogar die Gemeinde Saint-Louis ist gegen diesen Bahnanschluss. Warum um Himmelswillen sollte man gegen den Anschluss des EuroAirports an das Bahnnetz sein? Weil begründete Befürchtungen bestehen, dass durch den Bahnanschluss das Einzugsgebiet deutlich vergrössert wird und noch mehr Passagiere den EAP benutzen. Auch dass durch den Bahnanschluss noch mehr Fracht zum Flughafen transportiert wird und dass von den Flughäfen Zürich und Genf Passagiere nach Basel verlagert werden, gerade im Hinblick auf die Umweltabgabe für Flugtickets, welche eingeführt werden soll. Diese Abgaben würden beim EAP mit seinem binationalen Status nämlich entfallen.

Die Befürchtungen sind durchaus berechtigt und daher würde seine Fraktion einen Bahnanschluss nur unterstützen, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden. An erster Stelle steht ganz eindeutig, es muss unbedingt eine generelle Nachtflugsperre von 23.00 – 6.00 Uhr am EAP eingeführt werden. Weitere Forderungen: Die Flugbewegungen dürfen nicht weiter zunehmen. Die lärmintensiven Frachtflüge in der Nacht müssen reduziert werden. Auf Kurzstreckenflüge soll verzichtet werden. Zudem soll eine Umweltabgabe auf Flugtickets eingeführt werden, analog dem Vorhaben auf den Schweizer Flughäfen. Aktuell findet ja auch ein Umdenken in Sachen Flugverkehr und den damit verbundenen CO₂-Emissionen statt. Der EuroAirport soll nicht zu einem riesigen interkontinentalen Flughafen anwachsen sondern in erster Linie der Region dienen. Es freut die SP, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen und sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Die Fraktion stimmt der Überweisung des Vorstosses grossmehrheitlich zu.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne erklärt, die Grünen stimmen sonst grundsätzlich für den Ausbau des ÖV, aber nicht in diesem Fall, wenn es um den Flughafen Mulhouse gehe. Es erscheint ihnen unzeitgemäss, weiter zu machen wie bisher. Wenn man einen kleinen lokalen Flughafen perfekt ans Schienennetz anschliessen möchte und meint, es gebe dann nicht mehr Flugbewegungen, mehr Lärm und mehr schädliche Klimagase, erscheint dies der Fraktion unrealistisch. In diesem Sinn steht sie voll zum Postulat der SP.

Roman Oberli, SVP erläutert, wie die SVP schon beim letzten Vorstoss bezüglich des Fluglärms, den sie ebenfalls unterstützt hat, erwähnt hat, nimmt sie das Anliegen der Bevölkerung ernst und setzt sich gegen übermässige Lärmbelastigungen ein. Die sind auch mit dem Bahnanschluss, dem wohl daraus resultierenden Anstieg der Passagiere und somit Flugverkehr zu befürchten. Auch nicht zu vergessen sind die horrenden Kosten von zig Millionen für das Projekt. Kosten, bei denen man sich fragen muss, ob sie wirklich nötig sind, denn die derzeitige Anbindung mit dem Bus ist zweckmässig und ausreichend. Aus den erwähnten Gründen empfiehlt die Fraktion das Postulat zur Überweisung.

Karl J. Heim, CVP erwähnt an Ralph Büchelin gerichtet, er sei zwar sein Nachbar und höre den Fluglärm genauso wie der Redner selbst. Trotzdem ist die CVP nicht in allen Punkten mit der Argumentation einverstanden. Die Fraktion unterstützt natürlich ebenfalls eine Nachtflugsperrung von 23.00 – 6.00 Uhr. Andererseits merkt der Votant zum Stichwort Fracht an, Güterzüge fahren noch keine an den EuroAirport. Insbesondere ist auch nicht erwiesen, dass ein Bahnanschluss die Nachfrage nach Flugreisen so erheblich steigern würde. Die explodierenden Benutzerzahlen des EAP werden etwas herbei geredet. Hier tragen insbesondere die Behörden von Allschwil etwas dick auf. Solche Entwicklungen sind immer noch primär marketing- und werbegesteuert durch die hochkompetitive Luftfahrtbranche. Die CVP argumentiert etwas anders. Die Situation am Bahnhof SBB ist ohnehin schon sehr stark belastet durch die Buslinie 50, die im Schnitt alle 5 Minuten verkehrt. Nahe der Innenstadt gelegene Gebiete würden durch einen Bahnanschluss stark entlastet werden, weil der Bus weniger resp. gar nicht mehr fahren müsste. Zusätzlich würde der Individualverkehr von und zum Flughafen zurückgedrängt. Hier würden insbesondere das Bachletten- und Kannenfeldquartier zu mehr Lebensqualität finden. Nicht zu vergessen ist schliesslich, dass bei Bombenalarmen aufgrund von potenziellen terroristischen Anschlägen – das darf man aus Sicht der Redners nicht ausser Acht lassen – die Situation rund um den EuroAirport durch einen Bahnanschluss erheblich weniger beeinträchtigt wäre als bei einem Busbetrieb. Schliesslich gibt es genügend anschauliche Beispiele von hervorragenden Bahnanschlüssen zu internationalen Flughäfen. Die gibt es in halb Europa. In der Schweiz übrigens mit optimalen Erfahrungen in Zürich und Genf.

Peter Heiz, FDP möchte den Postulanten beruhigen. Zu einem trinationalen, interkontinentalen Flughafen wird der EAP nie werden. Die Fraktion hat über die vielen Nebenargumente gestaunt, die man in die simple Frage des Bahnanschlusses packen kann. Die FDP trägt sicher nicht dazu bei, dass das Postulat überwiesen wird, da sie es nicht zweckmässig findet. Sie findet es auch nicht zeitgemäss. Vielleicht wäre man sogar froh, wenn man doch einmal einen Bahnanschluss hätte. Diesen Weg sollte man sich nicht verbauen. Der Redner persönlich hofft, dass die Züge, wenn sie dann tatsächlich entgegen dem Wunsch von Ralph Büchelin kommen sollten, mit Toiletten ausgerüstet sind. Nicht wie die Klima-Gretel, die in einem Hightech-Segelschiff in die USA reiste und nicht einmal eine Toilette dabei hatte.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP äussert, dem Gemeinderat sei es ein Anliegen, das Thema zu prüfen. Daher begrüsst er eine Überweisung, d.h. der Gemeinderat nimmt das Postulat gerne entgegen und zwar aus dem einfachen Grund: Es liegen viele Informationen vor, aber es gibt viele Unklarheiten bei diesem Projekt. Der Gemeinderat würde dies gerne prüfen und wenn alle oder wenigstens konkrete Informationen vorliegen, die eine seriöse Prüfung ermöglichen, berichten.

Gaida Löhr, SP erklärt, wenn die Grünen und die SP sich gegen eine Bahn aussprechen, hat dies immer etwas leicht Seltsames. Das tut der Fraktion auch weh und daher ist sie sich nicht 100prozentig einig. Aber auf der anderen Seite geht es nicht darum, wie Peter Heiz gesagt hat, dass man Angst hat vor einem trinationalen Grossflughafen, sondern die Krux liegt ja eigentlich eher im Kleinen. Der Kampf zu weniger Flugbewegungen geht nicht in die Richtung, dass man nun nach Amerika schwimmt, sondern dass man nicht nach Paris fliegt. Das ist nicht ganz das Gleiche. Wenn man keine flankierenden Massnahmen hat, dann ist die S-Bahn tatsächlich eher ein Ausbau. Gleichzeitig baut man ja auch ein Parkhaus. Es ist nicht so, dass man nicht mehr mit dem Auto hinfahren möchte, sondern man will beides. Das ist der SP wichtig. Wenn man gleichzeitig auf weitere Parkplätze und Kurzstreckenflüge verzichten würde, wäre eine solche S-Bahn vielleicht etwas Gutes. Aber das ist momentan nicht der Fall.

Thomas Hafner, CVP glaubt, die Illusion, dass kein Bahnanschluss weniger Flugverkehr oder zum Schluss gar keinen Flugverkehr mehr bringt, müsse man vergessen. Mit oder ohne Bahnanschluss wird der Flughafen voraussichtlich grösser. Das kann man nicht ändern. Es ist verrückt. Jahrelang kämpfte man für einen Bahnanschluss und nun will man dies plötzlich nicht mehr. Natürlich möchte die CVP den Nachtflugverkehr ebenfalls eindämmen. Der Verkehr in der Region ist massiv überlastet. Wenn man zuschaut, wie die Busse fahren, machen und tun müssen, ist es schlichtweg eine Katastrophe. Der Redner ist der Ansicht, es wäre eine Entlastung nicht nur für Binningen und Basel, sondern für die ganze Region.

Marc Schinzel, FDP ist froh, dass die Diskussion sehr differenziert und sachlich geführt wird. Es wäre schlecht, wenn man nun das eine gegen das andere ausspielen würde. Er hat den Eindruck, die Anwesenden in diesem Saal seien sich sehr einig, dass sie das Nachtflugverbot ausdehnen möchte, so wie es in der Schweiz sonst der Fall ist. Sie sind sich auch über alle Parteien hinweg einig, dass sie die Südanflüge begrenzen und den Kurvenradius, der geflogen wird, in vernünftigeren Bahnen führen möchten. Beim Bahnanschluss an den EuroAirport kann man es auch etwas anders sehen. Wie alle wissen, gibt es gerade bei den Sozialdemokraten auch grosse Befürworter dieses Bahnanschlusses. Wenn man an den noch amtierenden Ständerat Janiak oder die baselstädtischen Regierungsräte Wessels und Brutschin denkt, der sagt, es sei ein Teil des Herzstücks das man unbedingt brauche, oder auch Willy Rehmann von Binningen, Pro Bahn Präsident, der vehement dafür ist. Aus Sicht des Votanten darf man nicht vergessen, es sind nicht nur Passagiere betroffen sondern es geht auch um 6000 Arbeitsplätze. Diese Personen hätten dann auch eine direkte Anbindung an den Flughafen. Das gäbe wahrscheinlich eine wesentliche Entlastung des PW-Verkehrs.

Stephan Appenzeller, SP bedankt sich bei seinem Vorredner, der ihm einen Steilpass gegeben hat. Die SP ist in dieser Frage nicht ganz einheitlicher Meinung, Der Redner gehört zu dem Teil, der selbstverständlich sämtliche Ziele mitträgt, die die Begrenzung und auch Verteuerung des Flugverkehrs beinhalten. Er ist aber entschiedener Befürworter des EuroAirports auch in seiner Funktion als Präsident der IG Öffentlicher Verkehr, dem Schwesterverband der Pro Bahn. Er hat den Eindruck, dass man bei dieser Debatte den Esel meint, aber den Sack schlägt. Der Votant hat sich angeschaut, wie sich der Flugverkehr in Basel in den letzten 30 Jahren entwickelt hat. Alleine in den letzten 15 Jahren ist Basel, was Flugbewegungen und Anzahl Passagiere anbelangt, in Prozenten schneller gewachsen als Genf und Zürich. Dies, obwohl Basel keinen Bahnanschluss hat sondern nur die eine Buslinie, während Genf über einen Bahnanschluss, verschiedene Buslinien und seit ein paar Jahren auch über ein Tram verfügt.

Die Qualität einer ÖV-Anbindung ist ganz sicher nicht das dominierende Element, das den Flugverkehr fördert oder nicht. Er sieht den Grund vor allem im Angebot, das die Fluggesellschaften machen. Basel hatte einmal eine Zeit, wo es deutlich mehr Flugbewegungen auf dem Flughafen gab. Heute hat man 25 Prozent weniger Flugbewegungen als im Jahr 2000. Das liegt daran, dass die Crossair damals noch einen grossen Hub betrieb. Der ist zusammengebrochen. Entsprechend war es ein Marktangebot, das dies gesteuert hat und nicht die Frage, ob es einen Bahnanschluss gibt oder nicht. Was man hingegen steuern kann ist, wie die Leute zum Flughafen kommen. Heute, weil es halt doch beschwerlich ist mit Umsteigen mit Koffern, nehmen viele das Auto oder ein Taxi. Mit der Verlängerung der S-Bahn – Notabene ist geplant, die S-Bahn an den Flughafen zu verlängern nicht den Fernverkehr. Das ist kein Thema für die SBB, alleine wegen des anderen Stromsystems, das man in Frankreich hat. – bietet man gerade den Personen aus dem Baselbiet, Fricktal und Laufental die Möglichkeit, wenn sie irgendwo hinfliegen möchten, wenigstens mit der S-Bahn zum Flughafen zu kommen und nicht mit dem Individualverkehr.

Es wurde gesagt, der Flughafen investiert ziemlich offensiv in Parkplätze. Gerade diesen Juni wurde wieder beschlossen, 2000 Stück zu bauen. Wenn nicht in ein Bahnanschluss, in einen besseren ÖV investiert wird, heisst dies zum Schluss: Strassenbau und Parkplatzbau. Für das gibt es in Frankreich genügend Platz. Der Votant fände dies noch schlimmer. Er wird daher das Postulat nicht unterstützen können, da zwar das Ziel richtig ist aber das Mittel aus seiner Sicht falsch.

Bettina Benthous, SP ist genauso wie ihre Vorredner und Vorrednerinnen mit all diesen Sachen einverstanden. Sie ist ebenfalls hin- und hergerissen bei der Frage, ob der Bahnanschluss mehr Verkehr bringt oder nicht. Ein Argument hat sie aber überzeugt und das ist die Flugschleife. Die hat damit zu tun, wie weit hinten auf der Nordstartbahn die Flieger starten und wie schnell sie über Binningen abdrehen können resp. soweit sie weiss auch beim Landen, wie hoch sie über Binningen fliegen und später mit dem Landeanflug starten können, wenn sie von Süden her landen müssen. Was sie gehört hat, dies hat die Rednerin aber wirklich nur gehört und nicht abgeklärt, ist, dass die S-Bahn genau hinter dieser Nordlande- und -startbahn hindurchführt und dadurch die Nordstartbahn verkürzen würde resp. dass sie nach

Norden nicht weiter ausgebaut werden könnte. Die Anwesenden sind ja für eine Verlängerung dieser Startbahn. Das stimmt sie bedenklich. Dies müsste man aber noch abklären.

Karin Müller, SP möchte auf zwei Sachen hinweisen. Das Argument, dass man mit dem Zug nicht umsteigen und kein Gepäck schleppen muss, stimmt nicht. Jeder, der mit dem Zug nach Zürich fährt, weiss, dass er umsteigen muss. Es gibt zwar einen direkten Flughafenzug, aber schneller ist man, wenn man in Zürich umsteigt und dann schleppt man Gepäck. Auch die Personen, die nicht direkt aus Basel kommen, werden im Bahnhof umsteigen müssen. Das Zweite ist: Man kann für oder gegen den Bahnanschluss sein. Sie könnte sich vorstellen, den Bahnanschluss zu befürworten, wenn es dafür weniger Parkplätze gibt oder weniger Parkplätze ausgebaut werden. Man könnte möglicherweise gewisse andere Sachen erreichen, wenn man den Bahnanschluss nicht einfach so befürwortet.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 19 JA, 17 NEIN, 4 Enthaltungen (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktanden 12 bis 18

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 19

Diversa

Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 23. September 2019 statt.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP möchte die Anwesenden gerne zu einem kleinen Apéro im hinteren Teil des Saals einladen. Sie würde sich freuen, wenn man noch gemeinsam anstossen könnte. Damit schliesst die Präsidentin die Sitzung um 22.05 Uhr.

ER-Sitzung vom 26. August 2019

			Traktandenliste	Gesch. Nr. 140	Gesch. Nr. 108	Protokoll	Gesch. Nr. 163	Gesch. Nr. 160					
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	
			Anpassung der Traktandenliste	Rücküberweisung an GRPK	Genehmigung Nachtragskredit	Genehmigung Protokoll	Nicht-Eintreten	SVP-Antrag: Durchführung nur ohne Parkplatzverlust	FDP-Antrag: wegfallende Park-plätze müssen kompensiert werden	Sollen SVP- und FDP-Antrag ausgemehrt werden?	Ausmehren: SVP-Antrag (JA) vs. FDP-Antrag (NEIN)	FDP-Antrag: Velounterstände nicht überdachen	
Nr.	Name	Fraktion											
1	Büschen	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
2	Eichenberger	Grüne	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Not voted	Enthaltung	Enthaltung	
3	Glaser	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	
4	Jagtap	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
8	Benthäus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Not voted	
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	
10	Löhr	SP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	
11	Macina	SP		Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	
12	Müller	SP		Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	
13	Schellenberg	SP		Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	
21	Götz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	
22	Häfele	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	
23	Heiz	FDP	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
24	Inäbnit	FDP	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Nein	Ja
25	Karoussos	FDP	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	
29	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	
TOTAL													
Ja			39	34	40	40	21	21	27	21	8	20	
Nein			0	4	0	0	19	18	11	16	27	15	
Enthaltungen			0	2	0	0	0	1	2	1	5	4	
			39	40	40	40	40	40	40	38	40	39	

ER-Sitzung vom 26. August 2019

			Gesch. Nr. 160		Gesch. Nr. 56	Gesch. Nr. 114	Gesch. Nr. 115		Gesch. Nr. 118
			11	12	13	14	15	16	17
Nr.	Name	Fraktion	Genehmigung Inv.ausgabe für Strassenkorrektur	Genehmigung Inv.ausgabe für Saubwasserleitung	Antrag R. Oberli: Zustimmung zu GRPK- Empfehlungen und Verlängerung der Frist	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Überweisung Postulat
			Benkenstrasse	Benkenstrasse					
1	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Not voted	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Büchelín	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Macina	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Götz	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Not voted	Ja	Nein
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
25	Karoussos	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
29	Schinzé	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja

TOTAL

Ja	40	40	26	14	37	40	19
Nein	0	0	0	24	0	0	17
Enthaltungen	0	0	14	2	0	0	4
	40	40	40	40	37	40	40